



Antrag

der Fraktion der SPD

Europa 2020 - Strategie für ein nachhaltiges und soziales Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Die Europäische Kommission hat am 3. März 2010 die Strategie 2020 vorgestellt, die an die auslaufende Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 anknüpfen und die europäische Wirtschaft nach der Wirtschafts- und Finanzkrise auf das nächste Jahrzehnt vorbereiten soll. Um den Herausforderungen zu begegnen, vor denen Europa heute steht, ist es zwingend erforderlich wirtschaftliche mit sozialen und ökologischen Aspekten zu verknüpfen. Gute Arbeit, sozialer Fortschritt und ökologische Nachhaltigkeit sind keine Nebenprodukte steigender Wettbewerbsfähigkeit, sondern sind Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg.

Der europäische Binnenmarkt braucht eine politische Einbettung. Die neue Strategie 2020 muss die Balance zwischen Wirtschaft und sozialer Sicherheit herstellen und ihre Gleichrangigkeit sichern. Um die soziale Dimension zu stärken, muss der Wirtschafts- und Währungsunion eine gleichrangige Sozialunion zur Seite gestellt und eine soziale Fortschrittsklausel eingeführt werden.

Um Erfolg zu haben, muss die neue Strategie verbindlicher, transparenter und besser organisiert sein als die Lissabon-Strategie. Im Rahmen der Strategie muss stärker als bisher Rechtsetzung mit verbindlichen Instrumenten des Gemeinschaftsrechts erfolgen, die die bisher angewandte Methode der offenen Koordinierung ergänzen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Strategie Europa 2020 auf die folgenden Ziele ausgerichtet ist:

- Die neue Strategie muss Beschäftigung und soziale Sicherheit stärken. Das Ziel von guter Arbeit für alle ist in den Mittelpunkt der Bemühungen zu stellen. Die soziale Dimension der EU als zentraler Teil des europäischen Gesellschaftsmodells muss deutlich gestärkt werden. Dazu braucht es Vereinbarungen zum Beispiel von Mindestlöhnen und sozialen Mindeststandards sowie klare Vorgaben zur Reduzierung von Armut.

- Eine enge Verzahnung in den Bereichen Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen ist angesichts der zunehmenden Abhängigkeit von Innovation und Chancengleichheit notwendig.
- Die öffentliche Daseinsvorsorge ist zu absichern und wirksam auf allen Ebenen staatlichen Handelns zu unterstützen. Die existenziellen Lebensrisiken für die Bürgerinnen und Bürger in Europa müssen durch verantwortliches staatliches Handeln und die Garantie der öffentlichen Daseinsvorsorge vermindert werden.
- Die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft ist wirksam und konsequent zu fördern. Die Strategie muss verbindliche Ziele zur Reduzierung der Entgeltunterschiede enthalten.
- Die Strategie muss eine nachhaltige Wirtschaftspolitik verwirklichen. Dazu gehören u.a. innovative Technologien und Produkte, ein regulativer Rahmen für die Finanzmärkte, ein solidarischer Energiebinnenmarkt, Verbesserungen der Bedingungen für KMU, Strategien zur Optimierung und Verlagerung der Verkehre sowie der Ausbau und die Verbreiterung der Anwendungsbereiche der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Die von der Kommission vorgestellte Strategie 2020 soll bereits in der Frühjahrstagung des Europäischen Rates verabschiedet und anschließend umgesetzt werden. Es ist jedoch erforderlich, auf allen Ebenen – auch auf der Ebene der Regionen – eine intensive öffentliche Debatte über den Entwurf zu führen, die im Ergebnis zu einer besseren Identifikation mit den Zielen sowie zu einer konsequenten Umsetzung beiträgt. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich dafür einzusetzen, dass die Strategie erst auf der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 2010 verabschiedet wird.

Rolf Fischer
und Fraktion